

## Ruhig und verschlossen

Macau: „Pekings Liebling“, FR-Politik vom 19. Dezember

Der Artikel greift zu kurz, wenn er Macau nur als Zockerparadies darstellt, die Stadt bietet viel mehr mit ihren alten Kolonialgebäuden, den uralten Kirchen und dem Denkmal von Dichter Camões, der in der Stadt als Beamter wirkte. Man muss wissen, dass 1515 der Seeweg nach China durch Jorge Alvarez entdeckt und rund 40 Jahre später das kleine Dorf in Besitz genommen wurde. Macaenser sind eben wie ihr Mutterland Portugal: Man assimiliert sich mit jeder Situation, auch, um zu überleben. Die Menschen Macaus sind wie die Portugiesen still, ruhig, reserviert und verschlossen. Das ist bis heute so geblieben und erklärt auch den Gegensatz zu Hongkong: Man passt sich an und führt sein Leben. Daran wird auch die Situation beim Nachbarn nichts ändern.

Auch muss man wissen, dass Portugal die einzige Macht in China war, die sich nicht am Boxeraufstand beteiligte; Loyalität, Ruhe und Freundschaft - die portugiesisch-chinesischen Beziehungen sind exzellent - waren halt wichtiger. Hongkong ist die laute, große, pulsierende und rebellische Stadt, Macau in allem das Gegenteil.

Thomas Fix, Frankfurt

## Steuer trifft die Ärmere

Klimawandel: Erwiderung auf „Unsoziale Politik“, Leserforum v. 24.12.

Ich stimme dem Leserbrief von Herrn Domabil voll zu. Die geplante Benzinsteuert trifft wieder mal die ärmere Bevölkerung. Auf das Auto sind viele angewiesen, sei es zum Arbeitsplatz, Rentner, Alleinerziehende etc. Den wohlhabenden Stadt-Grünen ist die unsoziale Benzinsteuere egal.

Rund 25 Prozent der PKW sind Dienstfahrzeuge, alles Nobelkutschen. Diese Fahrzeuge gehören insbesondere für die private Nutzung wesentlich höher besteuert. Die Besitzer von Stadtpanzern und PS-Boliden sind alle wohl betucht. Wegen der höheren Umweltbelastung, müssten diese Fahrzeuge auch wesentlich höher besteuert werden. Aber der untergehende, alte Dampfer der SPD macht ja alles mit und wird trotzdem sinken!

Berthold Zehetbauer, Hattersheim

Diskussion: frblog.de/madrid

### SORRY

Im Artikel „Pferdeseuche nahe Istanbul ausgebrochen“ (20.12., S.39) haben wir eine Gruppe von vor Istanbul liegenden Inseln als „Prinzessinneninseln“ bezeichnet. Sie heißen richtig Prinzeninseln.



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

### FR ERLEBEN

**Bascha Mika** ist zu Gast in der Radiosendung „Der Tag mit...“ und spricht zu tagesaktuellen Themen.

**Freitag, 3. Januar, 12 Uhr**  
**Deutschlandfunk Kultur**

**Bascha Mika** diskutiert beim Herrenhäuser Gespräch auf dem Podium zum Thema „Was ist Wahrheit?“ Mit Lorraine Daston (ehemalige Direktorin am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte), Kai Schreiber (Buchautor von „Wahre Lügen. Warum wir nicht glauben, was wir sehen“) und Thomas Strässle (Buchautor von „Fake und Fiktion. Über die Erfindung von Wahrheit“).

**Donnerstag, 9. Januar, 19 Uhr**  
**Xplanatorium Schloss Herrenhausen, Herrenhäuser Straße 5, Hannover**

**Stephan Hebel** spricht zum Thema „Was bringt uns das neue Jahr?“ Anschließend Diskussion.

**Donnerstag, 16. Januar, 19 Uhr**  
**Genussskomplizen, An der Kleinmarkthalle 7-9, Frankfurt**

**Claus-Jürgen Göpfert** moderiert die Veranstaltung „Soziale Architektur und sozialistische Politik - Margarete Schütte-Lihotzky als Akteurin des Neuen Frankfurt“. Mit Marcel Bois, Historiker, Mitherausgeber der neuen Biografie über Schütte-Lihotzky.

**Montag, 27. Januar, 19 Uhr**  
**Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt**

**Stephan Hebel** lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen. Einlass ab 18 Uhr.

**Donnerstag, 30. Januar, 19 Uhr**  
**Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt**

## Eine Gefahr für den Weltfrieden

Nord Stream 2: „Scharfe Töne im Gasstreit“, FR-Politik vom 23. Dezember

### Haarsträubend dreister Erpressungsversuch

Wenn es sich bei dem Feldzug der USA gegen das Konkurrenzprojekt Nord Stream 2 nicht um einen so haarsträubend dreisten Erpressungsversuch handeln würde, könnte man ganz sachlich kontern: Wenn euer US-Frackinggas zu einem garantiert günstigeren Preis zu haben ist als das russische Erdgas, dann würde sich das Thema Nord Stream 2 ganz von selbst erledigen. Als arglistiges Täuschungsmanöver entlarvt aber bereits der Titel der Strafaktion: „Gesetz zum Schutz von Europas Energiesicherheit“. Als ob den „America first“-Strategen die Sicherheit der Energieversorgung Europas besonders am Herzen liegen würde und nicht der eigene Profit sowie der gleichzeitige Schaden ihres unbotmäßigen Rivalen im Osten. Von Trump und seiner republikanischen Clique war nichts anderes zu erwarten. Dass aber nun auch die US-Demokraten im Zuge der Legislative bei den Drohgebärden mitmischen, ist empörend.

Joachim Bohndorf, Bensheim

### Eine internationale Politik der Brunnenvergiftung

Die derzeitige Politik einiger Wirtschaftsmächte, an erster Stelle Amerika, Donald Trump und seine Wähler persönlich, das Vereinigte Königreich, der Staat Israel sowie der internationale Groß- und Hyperkapitalismus und die Rüstungsindustrie betreibt eine internationale Spaltung und erzeugt einen Zustand der Gefahr von nicht unerheblicher Bedeutung. Insider fühlen sich an die Asterix-Folge „Streit um Asterix“ erinnert, als dort Cäsar, nachdem es ihm unmöglich war, das unbesiegbare Dorf zu besiegen, einen „Spaltpilz“ installierte. Dieser sollte Unruhe stiften und die Solidarität zerstören. Eine solche Politik erzeugt Donald Trump persönlich, indem er nicht nur eine reaktionäre Zollpolitik praktiziert, zu seiner Politik gehört es auch, Kriegsgefahren neu zu entfachen, indem er der völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik Israels den Stempel der Legitimität aufdrückt.



Auf einer Plattform des Pipeline-Verlegeschiff „Castoro 10“.

Der von Donald Trump inszenierte Wirtschaftskrieg sowie die Schwächung Europas und die Politik Boris Johnsons hat verheerende Folgen, und es ist bedauerlich, dass sich keine einzige Regierung in West-Europa in der Lage sieht, ihre diplomatischen Möglichkeiten gegen Trumps Spiel einzusetzen. Bei dieser Politik der absoluten Zurückhaltung der deutschen Bundesregierung sowie der deutschen Industrie gegenüber der neuen Kolonialpolitik Amerikas muss sich Angela Merkel fragen lassen, woher sie das Recht nimmt, die Deutschen und die deutsche Jugend aufzufordern, mehr Zivilcourage zu zeigen, wo sie sich selber zum Erfüllungshelfen einer Politik macht, welche ein erhebliche Gefahr für den gesamten Weltfrieden darstellt.

Nach dem Zusammenbruch zweier totalitärer deutscher Staatssysteme hat man viele Mitleider abgeurteilt, weil sie zu wenig Zivilcourage zeigten; was nun die Bundesregierung gegenüber Amerika praktiziert, ist keinen Deut besser. Trump betreibt eine internationale Politik der Brunnenvergiftung, was dieses Verhalten zur Folge haben kann, ist aus mittelalterlichen Protokollen bekannt. Es ist einfach unverständlich, dass er sich das Recht nimmt, Europa vorzuschreiben, mit wem es wirtschaftliche Beziehungen, in diesem Falle Russland, aufrechterhalten darf. Weiter ist es allerdings ebenso unverständlich, dass sich Westeuropa in jeglicher Hinsicht zum Erfüllungshelfen

amerikanischer Wirtschaftsinteressen macht.

Man könnte der Meinung sein, der amerikanische Präsident führe seinen Wahlkampf weiter. Es ist unbestritten, dass die gesamte gegenwärtige Politik Amerikas im Vorfeld der letzten amerikanischen Präsidentschaftswahl in dieser Form angekündigt war und keiner und niemand, national und international kann sagen, er habe davon nichts gewusst. Georg Dovermann, Bonn

### Röhren-Embargo war ein Schlag ins Wasser

In der Folge der Kuba-Krise im Oktober 1962 hat der damalige US-Präsident John F. Kennedy zwei Monate später den Nato-Rat gedrängt, ein „Röhren-Embargo“ gegen die damalige UdSSR zu verhängen, das die seit Ende der 1950er Jahre geplante und verhandelte Lieferung von Großrohren aus westdeutschen Stahlwerken für die „Freundschafts“-Pipeline verhinderte. In der Folge gerieten die westdeutschen Stahlwerke in massive wirtschaftliche Schwierigkeiten. Der ehemalige Vizepräsident des Bundestages, Thomas Dehler (FDP), bezeichnete diesen Eingriff der US-Regierung als „niederträchtigsten Bruch einer rechtsgültigen Handelsabmachung“. In der beabsichtigten Wirkung war das Embargo allerdings ein Schlag ins Wasser: Der Ausfall westdeutscher Lieferungen wurde durch Rohre aus Schweden und Japan kompensiert. Wilfried Altkrüger, Hameln

## Entscheidungen im Geiste der AfD

Aberkennung der Gemeinnützigkeit: Erwiderung auf „Die Fälle häufen sich“, FR-Leserforum vom 18. Dezember

Als Attac die Gemeinnützigkeit damals entzogen wurde, kam ich sofort zu der Auffassung, so schlägt eine demokratisch verfasste Gesellschaft zu, wenn sie eine sehr störende Opposition bekämpfen will. Ich verwarf diesen Gedanken, weil ich meinte, das wäre eine Art Verschwörungstheorie. Aber jetzt kommen neue Fälle dazu: Die Gemeinnützigkeit wurde der VVN und dem Verein Campact in Berlin entzogen, und es ist wohl beabsichtigt, weiteren störenden Organisationen die Gemeinnützigkeit abzuspüren. Teile der

CDU/CSU debattieren darüber, dem Umweltschutzverbänden die Gemeinnützigkeit abzunehmen.

Ich will, dass wir unsere Verfassung nicht nur bei irgendwelchen Sonntagsreden mit der Abschwurhand hinter dem Rücken loben, sondern sie für uns Bürgerinnen und Bürger erlebbar machen. Das aber ist nicht der Fall, wenn Verwaltungsmenschen die Gesetze im Geiste der AfD anwenden. Meine - leider - seit vielen Jahren vorhandene Auffassung, die autoritären Systeme und die demokratischen

Systeme bekämpfen Entwicklungen und die Freiheit der Gedanken gleichermaßen, wenn sie sich und ihre Macht ernsthaft gefährdet sehen, verfestigt sich. Die autoritären Systeme sind nur plumper und grobschlächtiger.

Diese Entwicklung wird weitergehen und es wird kein gutes Erwachen geben. Unsere Verfassung wird nur noch als Verwaltungsfußmatte benutzt, den Geist insbesondere der ersten 20 Artikel kennt kaum noch jemand oder will kaum noch jemand kennen.

Gerhard Burmester, Lübeck